

Erscheint jeden Sonn-
abend. Bestellungen neh-
men alle Buchhandlungen u.
Postanstalten an. Prämium:
Preis für Halle 7½ Sgr.

pr. Vierteljahr. Preis bei
den Postanstalten und im
Buchhandel 10½ Sgr. pr.
Vierteljahr (1 Thlr. 12 Sgr.
für den Jahrgang).

Bürgerblatt.

Wochenschrift für konstitutionelles Leben.

Herausgegeben

von

J. Hasemann und Fr. Körner.

N^o. 3. Neue Folge.

Sonnabend d. 13 Mai 1848.

Halle, Druck und Verlag von Ed. Heynemann.

Inhalt: Die erste Nummer des „Volkes“ — Die Einigkeit der Bürger-
wehr. — Die Bürgerversammlungen zu Wettin — Wieder der konstitutionelle
Club. — Wird's wohl besser? — Die Mast. — Die Beschwerden der Landbe-
wohner. — Die Würde des Menschen. Die freiwillige Anleihe. — Die Tatt-
losigkeit. —

Die erste Nummer des „Volkes“,

herausgegeben von Wislicenus.

Von Fr. Körner.

Das neue „politische Wochenblatt: das Volk“ enthält in seiner ersten Nummer, die sonst manches Beachtenswerthe giebt, zwei Artikel, denen ich im Bürgerblatt einen entschiedenen Protest entgegenstellen muß, der sich natürlich nicht auf das ganze Wochenblatt bezieht. Der erste Artikel, „die schleswigsche, polnische und italienische Frage“, ist in einem Geiste geschrieben, den ich nicht anders als den Geist des Fanatismus zu benennen weiß. Es fehlt dem Aufsatz an allem historischen Sinn; er leugnet das Recht der Vergangenheit, der Entwicklung, somit das Recht des freien Handelns, weil er alles nach einer abstrac- ten Theorie regelt. Eine Theorie kann aber nur Ergebnis der Vergangenheit sein; sie ist die Einsicht, die man in politische Dinge gewinnt, nachdem man Mancherlei unternommen, erfahren und gelernt hat. Unser Vf. leugnet aber die Berechtigung, welche die Vergangenheit auf die Gestaltung der Gegenwart hat, und hiermit zerstört er sich für seinen Neubau den Boden. Doch zur Sache!

Unser Politiker verlangt „in der Politik Verstand und Gerechtigkeit.“ Hierin wird ihm Jedermann beistimmen. Er verlangt ferner Unabhängigkeit der Lombardei von Oestreich.



Auch hier wird er wenig Widerspruch finden. Aber Niemand wird ihm darin Recht geben, daß er das östreichische Heer in der Lombardei eine „Soldatenbande“ nennt, die „mörderisch umherzieht“; daß er den Krieg Oestreichs gegen die Lombardei „eine verruchte That, einen fluchwürdigen Grundsatz, eine Schandthat, einen Mord“ nennt; daß er behauptet, „das vergossene Blut der Lombardei schreiet zu Himmel und zu Erde“. Ein solcher Jacobinismus kommt zu früh, ein solches Schmähen und Schimpfen auf unsre deutschen Brüder in Oestreich muß jedes wahrhaft deutsch gesinnte Herz tief verletzen! Und der Vf. hat nicht einmal den Muth gehabt, unter diese Capuzinade seinen Namen zu setzen. Eine Schmach wäre es für Oestreich, für Deutschland gewesen, hätte Oestreich ohne Schwertstreich und geschreckt durch bloßes Kriegsgeschrei eine so schöne Besizung hergegeben! Die Italiener haben bisher für schlechte, feige Krieger gegolten; 1820 liefen sie rükmlös davon, sobald sie östreichische Bajonette blizzen sahen. Wie kommt Oestreich dazu, jetzt die Stelle des Feigen zu spielen? Will die Lombardei frei sein, so muß sie im Kampfe zeigen, daß sie der Freiheit werth ist; sie muß dieselbe erkämpfen. Eine geschenkte Freiheit ist nichts werth, eine Freiheit als Gnadengabe geizt keinem freien Volke. Wie nun, wenn Oestreich die Lombardei aufgab, und dann ein anderer Feind kam, um sich das wehrlose Land anzueignen? Jedes Volk hat sich erst durch Schlachten die Freiheit erworben, also ist der Krieg Oestreichs gegen die Lombardei nur ein politischer Rechtsandel, eine Feuerprobe des Verlangens nach Freiheit.

Aber Oestreich ist von Alters her im Besiz Mailands gewesen. Seit den Zeiten der Ostgothen (500), Karls und Ottos des Großen (800 und 900) haben die Deutschen um den Besiz der Lombardei gekämpft; die deutschen Kaiser unternahmen zum Theil nur ihretwegen die Römerzüge; zur Zeit der Reformation kämpften Max I. und Karl V. um Mailand, in dem spanischen Erbfolgekriege war die Lombardei der Zankapfel; zur Zeit der französischen Republik und der Napoleonischen Gewaltherrschaft kämpften Oestreich und Frankreich um die Lombardei. Oestreich hat endlich den schweren Sieg errungen; und nun soll es den alten Besiz widerstandlos herausgeben? Würden alsdann nicht alle Stämme des östreichischen Staates auftreten und unabhängig sein wollen, ohne vorher sich bemüht zu haben, daß sie stark und reif genug dazu sind? Wenn mein Urgroßvater durch einen Prozeß den Besiz eines Ackers erlangt hat, soll ich als Urenkel diesen Besiz herausgeben an den ersten Besten, der da behauptet, der Prozeß sei ein ungerechter gewesen? Preisen und ehren wir den Muth Oestreichs, unter so drückenden Verhältnissen doch den ehrlichen Kampf gewagt

zu haben! Ehren wir aber auch die Italiener, die den Muth gehabt haben, der Erringung der Freiheit Gut und Blut zu opfern. Italien wird frei werden, wenn es die Freiheit verdienen kann!

Warum verlangt unser Vf. nicht von Frankreich, daß es uns die widerrechtlich entriffenen Provinzen Lothringen, Elfaß und Burgund herausgebe? Warum erobert er uns nicht die deutschen Provinzen Rußlands? Warum ergießt er sich nicht in Schmähungen über Polen, Ungarn, Böhmen, welche die deutsche Nationalität, die deutsche Bevölkerung vernichten wollen, obschon diese Ackerbau, Gewerbe und Bildung unter die slavische Bevölkerung gebracht hat? Ist seine Forderung gerecht; ist sie verständig? — Nein, sie ist ungerecht gegen Oestreich und Italien; sie ist unverständlich, da sie Ehlosigkeit und Feigheit verlangt, da sie unser Volk schmählt!

Eine gleiche undeutsche Gesinnung spricht der Vf. in Betreff unseres Verhältnisses zu Posen aus. Er wirft uns vor, daß wir „nicht offen und ganz verfahren“; er nennt uns „das unterdrückende, das glückliche und mächtige Volk“, er verlangt „unsre Sympathien und unsre Gerechtigkeit“, er behauptet, „Polen sei frei“, und „die größere Schuld sei auf Seiten der Deutschen“. Diese Behauptungen sind eben so viel Unwahrheiten und Ungerechtigkeiten. Polen ist nicht frei, es ist Eigenthum des Adels; das Volk lebt in Knechtschaft, Armuth und Schmutz. Der polnische Adel hat nichts gethan, die Lage des Volkes zu verbessern. Preußen hingegen hat Volksschulen errichtet, hat durch mancherlei Vortheile die Polen veranlassen wollen, sich Bildung zu erwerben. Preußen hat die Lage der Bauern verbessert; deutsche Oekonomen haben den Ackerbau verbessert, in deutschen Händen liegen Gewerbe und Industrie. Hat Preußen die Polen unterdrückt? Ist ihnen nicht ihre Nationalität, Selbständigkeit der Verwaltung bewilligt? Sind ihre Gefangenen nicht befreit? Hat nicht ganz Deutschland die Befreiung Polens ausgerufen? Und was haben die Polen gethan? — Sie sind meuchlings über Deutsche hergefallen; sie wollen Hunderttausende Deutscher zwingen, sich unter die Herrschaft des polnischen Adels zu fügen, sie beanspruchen ehemalige polnische Provinzen, die im Lauf der Jahrhunderte deutsch geworden sind, sie geberden sich, als ob sie Sieger und wir die Besiegten wären; sie haben Rundschreiben ergehen lassen, in denen sie Heuchelei, Trug und Falschheit empfehlen! Es sollen sich also 40 Millionen Deutsche von einer Handvoll Polen Befehle vorschreiben lassen! Wer will dafür stehn, daß die Polen für uns gegen Rußland kämpfen und nicht mit den Russen gegen uns? Weshalb ist Polen denn getheilt? —

Weil es stets uneinig war, weil es Adelsrepublik war, weil es nicht für Volksbildung sorgte, weil es der Mehrzahl seiner Bewohner Leibeigenschaft statt Freiheit gab. Weshalb sind die Revolutionen in Polen erfolglos gewesen? — Weil Polen stets verrathen wurde von seinem Adel. Wie kommen die fleißigen Deutschen dazu, die Zeche zu bezahlen? Wir gönnen Polen gern die Freiheit, aber es zeige sich derselben werth. Mord, Verrath und Leibeigenschaft sind keine Gewährleistungen für ein freies Polen. Endlich ist Polen ohne Küste, ohne Fluß; es ist Binnenland, also stets abhängig vom Nachbarlande. Es kann Industrie und Bildung nur von Außen empfangen und ist somit auf ein Bündniß mit Deutschland gewiesen. Dies Bündniß ist ihm angeboten; aber Polen fordert unverschämter Weise Unterwerfung, Abtretung. Die Nachwelt würde Wehe über unsre Feigheit schreien, wenn wir uns diesem undankbaren Adel fügen wollten. Jetzt können nur die Waffen entscheiden, und Polen wird dabei vernichtet werden, wenn es unsre Freundschaft hartnäckig zurückweist. Polen ist unverständig ist ungerecht gegen uns, wir aber nicht gegen Polen.

Den Streit mit Dänemark wegen Schleswig nennt der Vf. endlich „Kauferei, völkerräuberische Schlechtigkeit, despotische Dummheit, Albernheit oder Heuchelei“. Hört es, ihr deutschen Männer, die ihr von nah und fern herbeigezogen seid, Schleswig zu befreien; hört es, was ihr gewesen seid, hört, welche Schmähungen euch ins Gesicht geworfen werden, welchen Schimpf euch ein Namensloser zuzufügen wagt! Ist dies patriotische Gesinnung? Ganz Deutschland jauchzt, daß endlich Gemeinsinn, Nationalgefühl und Thatkraft im Volke erwacht sind, ganz Deutschland jubelt, daß wir endlich zum Schwert gegriffen haben, und „das Volk“ verhöhnt das Vaterland deshalb! Für welches Volk schreibt denn „das Volk“? Für das deutsche gewiß nicht. Welche Interessen will „das Volk“ vertreten? Die deutschen gewiß nicht!

Der Vf. will, daß keine Verträge, keine Staatsgrundgesetze mehr gelten sollen, Alles vielmehr dem Zufall des Tages anheim gegeben sein soll. Es giebt also gar keine Geschichte, keine Entwicklung mehr, sondern bloß Sprünge, ein ewiges Durcheinander! Doch ich mag den Vf. nicht widerlegen, da ganz Deutschland ihn durch die That widerlegt hat! Er habe das Recht, die Welt einmal auf den Kopf zu stellen.

Ein zweiter Artikel des „Volkes“ eifert heftig gegen „gewisse allerhöchste und allerunterhänigste Redensarten“. Man muß dem Vf. in so weit beistimmen, daß es endlich Zeit ist, unsre sinnlosen Titulaturen und Formeln abzuschaffen. Auch bin ich der Ueberzeugung, daß es dahin kommen wird,

und ich selbst habe im Bürgerblatt bereits damit angefangen. Unser Vf. nennt die Anreden an den König „knechtisch, erniedrigend u. s. w.“, und vergißt dabei, daß selbst das freie England solche stehende Anreden beibehalten hat, und daß wir sie nicht alle wegwerfen können, da ja auch die Form ihr Recht hat, und unser gesellschaftliches Leben nur durch solche hergebrachte Formen und Formeln bestehen kann, so lange es keine absolute Gleichheit giebt. Doch wenn ich ihm sogar die Abschaffung aller Formeln zugestehete, so muß ich doch seiner Ansicht, daß diese Redensarten uns zur Knechtschaft zurückführen werden, entschieden widersprechen. Wozu immer und ewig Mißtrauen erwecken? Wozu den Teufel an die Wand malen? Wozu die Leute stets mit Gespenstern in Furcht und Angst jagen? Wir haben die Freiheit errungen, wir haben Gewährleistungen, haben Vereins-, Petitionsrecht, Volksbewaffnung u. s. w. Sollen einige Redensarten hinreichen, uns diese Errungenschaft zu nehmen? Welche Furcht, welche Feigheit! O du deutsches Volk, wie einfältig, wie kindisch mußt du sein, wenn Ausdrücke wie „unterthänigst, von Gottes Gnaden“ stärker sind, als dein Wille, deine Bajonette, deine Kammer, deine Rechte! Man fasse endlich einmal wieder Vertrauen zum Volk und seinen Vertretern, man schaffe durch dieses Vertrauen Ruhe, damit der Arbeiter wieder Arbeit erhält, damit die Kapitalisten Unternehmungen beginnen; man mehre die Noth nicht durch fortwährendes Ausheken und schiebe dann nicht die Noth, die man künstlich erzeugt hat, den Reichen in die Schuhe! Mögen sich alle deutschen freisinnigen Männer vereinen, solche Unruhstifter, solche Mißtrauische verantwortlich zu machen für die bösen Folgen ihres furchtsamen, engherzigen Handelns! Nun höre man die Schlussworte unsers Vfs: „Diese Formeln sind gefährlich; sie können uns ganz sachte wieder in den allerunterthänigsten Schlaf einlullen, sie können lauter Hinterpfortchen bilden, zu welchen sich die durch die Hausthür hinausgetriebene Tyrannei wieder einschleichen kann“. Wer soll dies glauben? Gegen solchen Aberglauben ist der Köhlerglaube der Lippelskirchschens Orthodorie nur ein Kinderspiel!

Die Einigkeit in der Bürgerwehr.

Obwol wir Hallenser noch nie in der traurigen Lage gewesen sind, die Bürgerwehr gegen Tumultuanten Räuber u. s. w. aufzubieten, und wir die Hoffnung haben, daß der bisherige gesetzliche Geist und ernste Sinn die Signalthörner schweigen und die Sturmglöcken ruhen lassen wird, so können wir doch nicht wissen,

welche Gefahr von Außen kommt. Es ist möglich, daß die ganze Linie und die ganze Landwehr ins Feld geführt werden muß; denn wir sind in unseren Abrechnungen mit den Polen, Russen und anderen Slaven noch nicht ganz fertig, und auch im Westen kann noch einmal die Sonne blutroth aufgehen. Sollten — was wir nicht hoffen wollen — alle diese Feinde auf einmal drängen, so muß sich das ganze Deutschland in Masse erheben, und die Bürgerwehr wird nicht die letzte sein, die dem Rufe folgt. Darum wollen wir nicht ablassen, zu exerciren — wenn's auch keinen Parademarsch nach dem Lineal abwirft —, im Schießen uns zu üben — wenn's auch keine Salven auf einen Ruck giebt. Darum ist uns auch die Kavallerie willkommen, und selbst ein Paar Kanonen könnten uns nichts schaden. Doch vor Allem müßten Bestellungen auf Gewehre mit Bajonetten gemacht werden, ehe es zu spät ist. Das Gewehr mit dem Bajonett ist und bleibt die furchtbarste Waffe des Infanteristen, und ich wünsche, daß die Bajonette noch länger gemacht würden, als sie jetzt sind. Auch die Bildung einer Scharfschützenkompagnie wollen wir nicht tadeln. Aber hier beginnt meine Warnung. Wenn nämlich die Einigkeit erhalten werden soll, so muß Alles vermieden werden, was — abgesehen von den Waffen — einen äußeren Unterschied begründet. Ich bitte, ich beschwöre meine Mitbürger, jede Ausgabe zu unterlassen, welche namentlich auf die Auszeichnung durch die Kleidung gerichtet ist. Der Wohlhabende kann sich einen neuen Rock machen lassen, und er thut es gern; der minder begüterte Gewerksmann will ehrenhalber nicht nachstehen und entschließt sich mit innerem Widerwillen dazu; der Arme kann gar nichts anwenden: er fühlt sich zurückgesetzt und — zieht sich zurück. Lieber ein gutes Gewehr und einen schlechten Rock, als umgekehrt. Das einzige Abzeichen für die Bataillone und Kompagnien könnte sich auf der mit einem Kinnriemen versehenen Mütze befinden. Will man einen Schritt weiter gehen, so schaffe man sich eine Blouse von billiger Leinwand mit einem Gurt, und die Wohlhabenderen mögen etwas hergeben, um den Armeren die Anschaffung zu erleichtern. Nur keine Trennung zwischen Reichen und Armen! Nichts ist geeigneter zwischen beiden Vertrauen herzustellen, als wenn sie mit einander in Reih' und Glied stehen. Ich kenne es aus der Erfahrung meiner eigenen Soldatenzeit. Schließlich wiederhole ich den Wunsch der Volksversammlung vom 26. März d. J.: es möge sofort über die gesammte hällische Bürgerwehr eine Heerschau gehalten werden. Das ist ein kräftiges Mittel, um Einheit und Begeisterung zu wecken und zu erhalten.

Kasemann.

Die Bürgerversammlungen zu Wettin im J. 1847.

(Fortsetzung.)

Es würde somit allerdings der Staat auf das wichtigere Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit allmählig einwirken können.

1. durch zollfreie Zulassung aller nothwendigen Lebensbedürfnisse; 2. Zollschutz in Beziehung auf Luxusartikel; 3. Gestattung der Veräußerung und Zersplitterung von Majoraten und durch Zertheilung und öffentliche meistbietende Verpachtung der Domänen; 4. Aufhebung der Beschränkungen bei Auswanderungen und Unterstützung der Colonisation im Inlande; 5. Verbesserung der Communication, Herabsetzung der hierbei noch stattfindenden Beschränkungen, Einführung geringerer Portosätze u. dergl. 6. Gestattung und Beförderung von Arbeiterverbindungen gegenüber den Verbindungen der Kapitalisten.*)

2. Als besondere Gründe der Verarmung kleinerer Städte wurden hervorgehoben die Aufhebung des Zunftwesens und die Einführung der Gewerbefreiheit, in Folge deren der Gewerbebetrieb sich größtentheils auf das Land geflüchtet habe, ein Nachtheil, der die Segnungen der Gewerbefreiheit freilich nicht überwiegt, der aber weit weniger drückend auf den kleinen Städten lasten würde, wenn diesen nicht die ungleich höhere Besteuerung die Concurrenz mit der ländlichen Industrie erschwerte. Besonders laste die verhältnißmäßig theure Communalverwaltung schwer auf diesen Städten, während das Land in dieser Beziehung viel weniger belastet sei, und es steigere sich diese Last fortwährend durch die immer größere Zunahme der Armuth. Von diesen Uebeln verspreche die Bildung von Innungen in so fern einige Abhülfe, als die Last der Armenversorgung dann zum großen Theile von der Commune auf die Innungsgeossen und zwar auf die wohlhabenderen derselben vorzugsweise übergehen werde; endlich sei eine Vereinfachung der Communalverwaltung dringend zu wünschen, und es sei zu hoffen, daß die in Aussicht stehende Deffentlichkeit bei derselben vielfache Schreibereien unnöthig machen und daher einige Ersparnisse herbei führen werde, ein Verhältniß, das noch dadurch gesteigert werden könne, wenn man der Thätigkeit von Privatvereinen Mehr überlassen wolle. Die Entstehung der Eisenbahnen endlich sei, da sie die Verkehrswege vielfach geändert, allen denjenigen kleinen Städten von Nachtheil gewesen, welche einer nahen und passirbaren Verbindung mit den Eisenbahnstationen

*) Wieviel hier bereits geschehen sein würde, wenn nicht die Regierung der Ausführung der Allg. G. D. hinsichtlich der Bildung von Innungen so vielfach hemmend in den Weg getreten wäre, liegt auf der Hand.

entbehrten, und es sei diesem Uebel nur durch Herstellung möglichst guter Verbindungswege zu begegnen.

Hierzu komme nun

3. für Wettin ins Besondere noch der Uebelstand, daß dadurch, daß eine Domäne im Orte sei, zahlreiche Arbeiter mit ihren Familien in die Stadt gezogen würden, die nach den bestehenden Heimathsgesetzen nach einigen Jahren Heimathrecht daselbst gewönnen, und wenn sie dann ihren Dienst verließen, häufig der Stadt zur Last fielen, wodurch die Zahl der Armen, die ohnehin ungefähr $\frac{1}{5}$ aller Einwohner umfasse, noch immer zunähme. Eine Abhülfe hoffe man durch Beschäftigung der Armen beim Wegebau und durch Ueberlassung eines Theils der Domäne an die Armen.*)

II. Ein Vortrag des Justizkommissarius Winkler machte darauf aufmerksam, daß die in Wettin ausgeübte Privatwohlthätigkeit den Armen weit weniger Segen bringe, als sich durch dieselben Mittel würde erlangen lassen, wenn dieselbe durch Association und Concentration mehr geregelt würde. Er sprach die Hoffnung aus, daß sich das hiesige Publikum gern dazu verstehen werde, die Unterstützung, welche es bisher einzelnen Armen habe zu Theil werden lassen, in einen fixirten Beitrag zu einer gemeinsamen Kasse zu verwandeln, aus der dann alle Armenunterstützung gezahlt werde. Jetzt zersplittere sich die Wohlthätigkeit zu sehr, und es fehle fast an jeder Controлле.

Außer einem Legate von jährlich 107 Thlr. beschränkte sich die aus öffentlichen Mitteln gewährte Armenunterstützung auf die Almosen aus der Armenkasse, deren Betrag mit der Communalsteuer gedeckt werde und sich nur auf einige Hundert Thaler belaufe, ein Betrag, der bei Weitem nicht hinreiche, auch nur der drückendsten Noth der zahlreichen hiesigen Armen abzuheffen. Es müsse nun hier die Privatwohlthätigkeit bedeutend in Anspruch genommen werden. Zu diesem Behuf seien in verschiedenen Zeiten zwei Armencommissionen gebildet, die aber ohne organischen Zusammenhang unter sich und mit der städtischen Armenkasse seien, woher es komme, daß beim besten Willen eine sehr ungleiche und den Verhältnissen wenig entsprechende Vertheilung der gewährten Wohlthaten stattfinde, indem auf Einzelne der Bedürftigen sich die Unterstützungen von verschiedenen Seiten her häufen, während andere, vielleicht noch Bedürftigere, ganz unberücksichtigt bleiben.

*) Obige Ideen wurden unterdessen weiter verfolgt, und es ist der Bau eines chausstritten Weges nach der Magdeburg-Leipziger Chaussee auf fiskalische Kosten und die Abtretung eines Theils der Domäne bereits beschlossen.

Deßhalb sei es zweckmäßig, wenn die öffentliche wie die Privatwohlthätigkeit — vielleicht in einem freien Vereine — einen vermittelnden und leitenden Mittelpunkt gewinnen, der eine bessere Uebersicht dessen, was noth thue, und was bereits gewährt worden, herbeiführe. Dann ließen sich auch leicht Anstalten, wie eine Sparkasse, Einrichtung von Arbeitsstuben für den Winter, Beschaffung billigen Getreides und Feuerwerks, von kleinen Parcellen Pachtacker, und endlich ein Arbeitsnachweisungsbureau daran knüpfen.

(Schluß folgt.)

Wieder der Konstitutionelle Club.

Ich habe die Reckheit gehabt, gegen den konstitutionellen Club einen Freischaarenzug zu unternehmen, weil er mir nicht konstitutionell genug zu sein scheint. Für diesen Vorwitz bin ich in der Sitzung vom 2ten d. M. tüchtig auf die Finger geklopft zum großen Jubel aller altgläubigen Autoritätsmänner und aller Freunde des Respectes vor althergebrachten Söpsen. Es blieb mir weiter nichts übrig als mit zulachen, nicht bloß über Hasemanns Marsch nach Berlin, sondern noch mehr über alle die Gläubigen, welche auf den Antrag des Herrn Schwarz lächelten, ohne das gelesen zu haben, was sie belächelten.

Zuerst unternahm Hr. Hinrichs einen Putsch gegen mich Vorlauten, indem er sich dahin aussprach, daß meine Kritik des Clubs zwar den Willkommen vergessen habe, daß er aber die Kritik im Namen des Clubs willkommen heiße. (So wenigstens habe ich es verstanden.) Ich horchte mit der größten Spannung, aber — sei es Todesangst, sei es Geisteschwäche — ich suchte und suchte nach einer Pointe und konnte keine finden. In frischer Luft gewann ich wieder einige Dreistigkeit,

Ich frug den Zug wohl auf und ab
Bei Wislichern und Frommen,
Doch Keiner war, der Kundschaft gab
Vom kritischen Willkommen;
Man wußte nicht, ob Ernst ob Spaß
Als Stachel in der Rede saß,
Es war aus all den Worten
Der Sinn nicht klar geworden.

Mir fiel's wie ein Montblanc vom Herzen, als ich diese Antwort erhielt. Indessen tappten meine Nachforschungen so eifrig nach dem Sinne des kritischen Willkommens umher, wie etwa am Ausgang der Höhle des geblendeten Polyphem's Hände nach dem fetten Hammel, und meine Geduld blieb nicht unbelohnt. Denn nach etlicher Zeit wurde mir versichert, daß Hr. Hinrichs seine Rede für Humor ausgegeben habe, und daß

seine Meinung dahin gehe: ich habe mit meiner Kritik der Hrn. von Kalkenborn und Ulrici ganz recht gethan, nur hätte ich diese Männer, welche früher dem Absolutismus huldigten, nach ihrer Bekehrung zum Konstitutionalismus willkommen heißen sollen!

Beim spitzen Kopf des Ebersites, das ist ein verstand-zerschmetternder Humor! Erst habe ich die beiden genannten Herrn zur Thüre hinausgewiesen, ich habe den einen reaktionärer Tendenzen beschuldigt, und dann soll ich sie hinterher willkommen heißen! Oder soll ich ihnen zum Willkommen die rechte Hand reichen, während ich sie mit der linken aus dem Hause stoße! Allerdings wäre dies nach Jean Pauls Vergleichung des Humors mit dem Vogel Merops, der in umgekehrter Stellung zum Himmel fliegt, recht gut möglich, aber — ich bin ja mit den beiden Herrn nicht in den Himmel der Konstitution, sondern in die Hölle der Kritik gefahren. Eine solche Fahrt ist aber doch zu ernst für den Humor. Es kam diesen Herrn nicht zu, sogleich bei der ersten Sitzung die Lehrer der demokratischen Konstitution zu spielen, da sie noch lange Schüler der Freiheit sein müssen, bevor sie uns über die Freiheit unterrichten können.

Nachdem mir der Hinrichssche Humor ein paar freundschaftliche Rippenstöße gegeben hatte, wurde ich Unglücklicher der Gesellschaft zu einem allgemeinen Belächeln Preis gegeben. Da ich zufällig zur Gesellschaft gehörte, so lächelte ich mit, weil ich mich im Voraus freute, nun wieder etwas über den konstitutionellen Club schreiben zu können. Ich lächelte aber auch darüber, daß der Club sich durch meine Neckerei hatte verleiten lassen, Front gegen mich zu machen; ich lächelte darüber, daß der Vorstand sich in seinen Ansichten über die Auslegung seines Wahlmodus widersprach; ich lächelte endlich darüber, daß ich so mänschenstill dasaß und nicht Lust hatte, einen Muß zu thun. Ich bin noch ziemlich gnädig weggekommen mit dem einfachen Belächeln. Es ist die Diktatur, die ich Hrn. Schwarz vorgeworfen habe, in der That auch ein starker Vorwurf, der einen Club vernichten könnte, da eine Diktatur nicht in einen konstitutionellen Club paßt; denn sie wäre ja die Spitze aller Aristokratie. Sulla, Cäsar, Cromwell waren Diktatoren, nicht aber Hr. Schwarz. Habe ich in der That einen dummen Streich gemacht, als ich dieses Wort gebrauchte? In meiner Verzweiflung schlage ich Göttings Geschichte der römischen Staatsverfassung nach, worin S. 279 die Bedeutung der Diktatur so erklärt wird: „der Hauptzweck der Diktatur war, einen großen Theil der von den Plebejern gewonnenen Rechte jeweilig aufzuheben und allen etwaigen Zwist zwischen Adel und Volk zum Vortheil des Adels ein schleuniges Ende machen zu können!“ Ein

Diktator hatte (nach Livius) das Recht, „die Wahl der Consuln zu leiten, den Senat zu ergänzen“ u. s. w. Ich habe aber nicht von einem Diktator gesprochen, sondern von einer Diktatur, d. h. Gewaltherrschaft, weil ein Diktator gewählt sein muß, Hr. Schwarz aber nicht gewählt war, die Vorsteher (den Senat) des Clubs vorzuschlagen. Seine Handlung fällt aber mit der eines Diktators so ziemlich zusammen, wie die angeführte Stelle lehrt.

Doch ich will nicht um Worte streiten, sondern mich zu dem Humor erheben, den Jemand entfaltete, als er meinte, die Statuten des Vereins wären keineswegs durch die Wahlart des Hrn. Schwarz verletzt, weil es in ihm mit lakonischer Kürze heißt: „der Club erwählt aus seiner Mitte u. s. w.“. Das Wort „erwählen“ ist zwar sehr unbestimmt, aber bestimmt genug, um jene spitzfindige Rechtfertigung der Schwarzeschen Wahl zu widerlegen. Wenn es heißt: „der Club wählt“, so müssen doch Alle betheiltigt sein, kann nicht ein Einzelner hervortreten und eine Wahlliste aus der Tasche ziehen, um im Namen der Gesellschaft zu wählen. Denn es ist vorherzusehen, daß die Nächststehenden schon aus Artigkeit der vorgeschlagenen Wahl Beifall zurufen. Wenn es ferner heißt: „der Club erwählt u. s. w.“, so muß man dies doch so auslegen, daß jedes Mitglied nicht nur ein unbeschränktes Wahlrecht hat und vorschlagen kann zum Vorstand, wen es will, sondern daß die Richtigkeit und Wahrheit der Wahl nicht abhängig gemacht werde von der Stärke des Geschreis. Zwanzig starke Stimmen können in einem Saale viel Lärm machen. Da endlich der Club ein konstitutioneller ist, so muß man voraussetzen, daß dies Wahlrecht und die Wahlart gleichfalls konstitutionelle sind. Wenn jedem Mitgliede der Gesellschaft seine Theilnahme an der Vorstandswahl unverkümmert erhalten werden soll, so muß durch Stimmzettel gewählt werden. Damit aber mit diesen Abstimmungen nicht zu viel Zeit verschwendet wird, dürfte es vielleicht zweckmäßig sein, den Vorstand mindestens auf zwei Monate zu wählen und die Wahl selbst so einzurichten, daß, nachdem die Wahl in der vorletzten Versammlung vor der Wahl angezeigt ist, jedes Mitglied am Wahltag den Wahlzettel mitbringt oder ihn während der letzten Versammlung schreibt, worauf die Stimmzettel in der letzten Stunde der Sitzung gesammelt und verlesen werden.

Dem Herrn Frisch bin ich daher sehr dankbar dafür, daß er sich offen für mich aussprach, indem er eingestand, daß die bisher beliebte Wahlart ihre Miflichkeit habe. Der konstitutionelle Club scheint Mißtrauen gefaßt zu haben gegen das Bürgerblatt, er stellt es auf die Seite der Gegenpartei. Daran thut er Unrecht. Das Bürgerblatt ist

durch und durch demokratisch. Es läßt keinen Unterschied zwischen den Staatsbürgern gelten als den der persönlichen Tüchtigkeit. Es will jedem zu seinem Rechte verhelfen, vor Allem aber will es denjenigen unserer Mitbürger, welche man vor Zeiten den Mittelstand nannte, zu einem politischen Bewußtsein, zur Erkenntniß des Wahren, Guten und Zeitgemäßen verhelfen. Der Club will dies theoretisch gleichfalls, aber nach dem zu urtheilen, was er bisher gethan, wird er schwerlich große Sympathie und Theilnahme bei den Ständen finden, denen der Club gerade zu Hülfe kommen sollte. Ich werde so lange der Tribun dieses Theils der Bürgerschaft sein, bis ihm die gebührenden Rechte bewilligt sind. Daher wiederhole ich meine Forderungen: der Club halte öffentliche Sitzungen und gewähre Jedem Zutritt, Abstimmungsrecht und Belehrung.

Fr. Körner.

Wird's wohl besser?

Zu dem politischen Revolutionsfieber hat sich ein andres, sehr bedenkliches gesellt, das sogenannte sociale. In Folge hiervon hat die Krankheit der Unzufriedenheit den Arbeiterstand ergriffen und zu Forderungen hingetrieben, die das Uebel nur größer machen werden. Daß die Verhältnisse des Arbeiterstandes geordnet werden sollen, ist bereits von allen Seiten zugesagt; daß dies aber im Augenblicke geschehen könne und müsse, dies ist ein Ding der Unmöglichkeit. Zunächst hemmt die Unruhe unsrer Tage und die Kriegsfurcht die Unternehmungslust, mithin ist weniger Arbeit vorhanden. Dann ist durch das Sinken der Papiere, in welchen ein Theil unsrer Kapitalien angelegt war, vielleicht ein Drittel des Gesamtvermögens unsres Vaterlands verloren gegangen. In Folge hiervon herrscht allgemeiner Geldmangel, weil die Wenigen, welche baares Geld besitzen, dasselbe so lange zurückhalten, bis ein geordneter Zustand ihnen Sicherheit gewährt, die Kapitalien ohne Verlust durch Unternehmungen in Umlauf zu setzen.

Wenn man also gegenwärtig mehr Lohn und weniger Arbeit verlangt, so kann dies nur dahin führen, daß der Arbeitsgeber alle Arbeit einstellt, weil ihm das Geld fehlt.

Von der andern Seite soll man nicht übersehn, daß der Arbeitsgeber abhängig ist von der Concurrrenz. Nur wer billig verkauft, hat Hoffnung auf Absatz. Muß aber mehr Lohn für weniger Arbeit gegeben werden, so müssen die Preise steigen, die Einkäufe also, weil das Geld nicht in demselben Maaße vermehrt wird, beschränkt, mithin die Arbeit weniger werden. Steigt aber der Lohn und mit ihm der Preis, der Einkauf,

so muß der Arbeiter Alles theurer kaufen, und so hat er mit einer Mehreinnahme eine stärkere Mehrausgabe. Wenn also der Schneidermeister für den Rock 15 Sgr. mehr Lohn giebt, so muß der Käufer hinfort 15 Sgr. mehr Macherlohn bezahlen. Wer ferner im Hause Maurer, Zimmerleute, Tischler u. s. w. arbeiten läßt und sie theurer bezahlt, muß den Miethzins höher stellen, um keinen Verlust zu haben. Demnach hat der Arbeiter mit dem erhöhten Lohn für alle Bedürfnisse hinfort mehr zu bezahlen und kommt rückwärts anstatt vorwärts. Dieser Nachtheil steigt noch mehr, wenn der Arbeiter aufs Stück arbeitet, weil er in geringerer Arbeitszeit weniger fertig machen kann.

Möge daher jeder verständige Arbeiter noch einmal reiflich überlegen, 1) ob er mit seiner Forderung zur rechten Zeit kommt; 2) ob er sich wirklich dadurch verbessert; 3) ob ihm nicht durch ganz andre Mittel geholfen werden muß, als da sind: Beschränkung der Concurrenz, Aufhebung des zu langen Kreditgebens, Stiftung von Vereinskassen, Kranken-, Spar-, Unterstützungskassen u. s. w. Wem wahrhaft an Verbesserung seiner Lage liegt, der muß mit aller Macht dafür sorgen, daß ein geordneter Zustand und mit ihm Vertrauen und Unternehmungslust zurückkehren. So lange diese fehlen, kann es nicht besser werden. Mögen die Arbeiter mir das Vertrauen schenken, daß ich mit dieser Warnung nur ihren Vortheil, nicht ihren Schaden will!

Fr. Körner.

Die Mist.

Im Märzhefte des Bürgerblattes S. 109 sprechen Sie von einem neuen Erwerbszweige für Arme. Dergleichen ist indessen schon ins Leben getreten, und da ich weiß, daß Sie dergleichen Nachrichten gern und willig in Ihr Blatt aufnehmen, so theile ich darüber Folgendes mit: In West-Cambridge, in der Nähe von Boston, befindet sich eine Schweinemästerei, in der beständig 700 Stück in Mist stehen, und die nur mit den in Häusern der Stadt gesammelten Abgängen gefüttert werden. Die Wagen, in denen sie geholt werden, fahren von Haus zu Haus. Täglich liefert die Stadt deren 4 volle, doch ist diese Quantität so im Steigen, daß man bald 1000 Stück davon wird mästen können. Der Unternehmer zahlt der Stadt dafür jährlich 3500 Dollars, empfängt aber von den benachbarten Gutseigenthümern für den Mist täglich 3 Dollars. Er ist dagegen verbunden, jeder Familie der Stadt jährlich ein Mal ein geräucher-tes Rippenstück abzuliefern. Die ganze Anstalt hat einen Flächenraum von 15 englischen Aekern. Die Schweine laufen frei darin herum, und nur bei schlechtem Wetter suchen sie Schutz

unter einem Dache. — Ließe sich nicht auch bei uns davon eine Anwendung machen? Wie wenn Arme sich mit diesem Einsammeln beschäftigten und es forbweise an Schweinemäster gegen eine Belohnung an Geld abliefern? Wer nun gleichsam als ein Almosen die Abgänge zum Abholen aufbewahren ließe und seinen Diensthoten befehlen wollte, sie deshalb bei Seite zu setzen, würde dadurch eine Wohlthat erweisen, die keine Kosten machte. —

Dr. C. A. B.

Die Beschwerden der Landbewohner.

Zwar nennt sich unsere Wochenschrift ein „Bürgerblatt“, und der Landmann war bisher nicht gewöhnt, sich einen Bürger zu nennen; allein er ist mit demselben Rechte ein Staatsbürger wie der Städtebewohner, und darum wird das Bürgerblatt auch die Interessen der Landbewohner, unter welchen es immer mehr Leser findet, auf das Kräftigste vertreten. Alle Beschwerden aber, welche jetzt nach Abhilfe rufen, lassen sich zusammenfassen in den Einen Begriff des ungleichen und ungerechten Verhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung, zwischen Berechtigung und Verpflichtung. Dieses Verhältniß aber findet Statt 1. zwischen dem Staate und seinen Angehörigen, 2. zwischen den einzelnen Staatsbürgern selbst, resp. zwischen Einzelnen und gewissen Kas- seninstituten, welche nicht Staatseigenthum sind.

1. Die Ungleichheit der Leistungen an den Staat findet zunächst seine Anwendung auf die Besteuerung. Als oberster und allein vernünftiger Grundsatz muß dieser gelten: Je mehr ich besitze und je mehr an Eigenthum oder Einkommen ich unter den Schutz des Staates stelle, desto mehr muß ich für diesen Schutz zahlen, d. h. Steuern geben. Wer also Etwas besitzt oder gewisse Einnahmen hat, kann nicht steuerfrei sein. Zwar sind z. B. die Rittergüter oder Rittergutsbesitzer nirgends ganz steuerfrei, aber der höchste Satz von 144 Thalern (Klassensteuer) ist zu gering, ist ungerecht, weil ihn sowol ein Mann mit 20000, als auch ein Mann mit 40000 Thalern jährlichen Einkommens zu entrichten hat. Indes haben bereits viele Rittergutsbesitzer, wie der Graf von Haldorf auf Wohl- mirstedt bei Wiehe, öffentlich ausgesprochen, daß sie in die all- gemeine Besteuerung eintreten und freiwillig das Gesetz von 1810 zu einer Wahrheit machen wollen. Sie könnten aller- dings das bisherige Vorrecht für sich anführen, sie könnten gel- tend machen, daß sie ihre Güter um so höher bezahlt haben, je weniger auf ihnen Steuern lasteten, und daß sie bei eintre- tender allgemeiner Besteuerung das Kaufskapital in dem Grade höher verzinsen müßten als die Abgaben wachsen, oder daß die

Güter um die Summe im Werthe sanken, welche der Steuererhöhung als dem Zinsenertrage eines dazugehörigen Kapitals entspreche. Allein sie werden diese Ansprüche fallen lassen und nichts vor Denen voraushaben, welche auf anderen Gebieten von ähnlicher Steuererhöhung getroffen werden. Sie sehen ein, daß wenn sie entschädigt werden sollten, die Entschädigung die Ungleichheit nur verewigen würde und doch nur von Denen geleistet werden könnte, zu deren Gunsten sie eben die Steuerfreiheit aufgeben.

(Fortsetzung folgt.)

Die Würde des Menschen.

Bereits früher einmal hat das Bürgerblatt auf den Plunder unseres Titelwesens hingewiesen und die Lanze gegen diesen Sancho Pansa eingelegt. Der Umschwung der Zeitverhältnisse, der Sturz der unberechtigten Standesunterschiede hat neue Batterien gegen jene Wälle aufgeführt und schon mehrfach Breche geschossen. Es ist z. B. bekannt, daß mehrere Beamtenkollegien am Rheine den überflüssigen Ordenszeichen der wohlgeborenen, hochwohlgeborenen Herren u. s. w. einen Todtenschein ausgestellt haben. Das Bürgerblatt will keinen Fanatismus gegen solche ohnmächtigen Ruinen der vergangenen Zeiten, keinen blutigen Kreuzzug gegen diese Ungläubigen predigen; es will nicht, daß irgend Jemand jene Titel einem Manne versage, der sie ferner in Anspruch nimmt; es erklärt Jeden für unhöflich, welcher sie Dem verweigert, welcher nicht erklärt, daß er darauf verzichte. Aber eben so entschieden wird es auf dem Wege der Belehrung, und wenn es sein muß, der Ironie einen Grundsatz bekämpfen, welcher sich überlebt hat und der Chronik der Popsperiode angehört. Wir haben es jetzt zwar mit wichtigeren und mehr positiven Dingen zu thun, allein im Vorbeigehen wird es erlaubt sein, zu fragen: ob nicht Jeder damit zufrieden sein kann, einfach geboren zu sein. Denn wenn es Hochgeborene gibt, so gibt es auch Tiefgeborene, wenn Wohlgeborene, auch Uebelgeborene. Wenn ich irgend Jemanden Hochgeborenen nennen soll, so ist es beispielsweise eine mir bekannte Person, welche etwa vor 60 Jahren auf einem der Hausmannsthürme in Halle geboren ist. Auch die hochwürdigen und die hochehrwürdigen Herren und Damen werden einsehen, daß diese Titel schon deshalb wenig Bedeutung haben, weil sie der Zusammensetzung der Worte hochwohlgeboren und wohlgeboren widersprechen. Denn während in dem Worte hochwohlgeboren das Mehr von Silben den Bezeichneten um eine Stufe über den Wohlgeborenen emporhebt, erniedrigt das Wort hochehrwürdig durch die Zulage einer Silbe den so Bezeichneten im Vergleich zu dem Hochwürdigen ebenfalls um eine Stufe. Zum Schlusse wiederhole ich, daß es eine Nothheit ist

wenn man Jemanden ohne seine Zustimmung die Ehre des betr. Titels entzieht. Sasemann.

Die freiwillige Anleihe

scheint bis jetzt wenig Anklang zu finden, wenn es so fortgeht, und eine Zwangsanleihe nothwendig zu machen. Zwar hat die letztere den Vortheil, daß sie den reichen Fülz, der auf seinem Geldkasten sitzt, nöthigt, sein Geld zum Opfer zu bringen, obwol ein Darlehn zu 5 Procent eigentlich gar kein Opfer ist; allein wir Preußen würden uns in der Geschichte ein schönes Denkmal stiften, wenn wir den Staat durch freiwillige Gaben retten. Wir zweifeln nicht, daß der König und andere hochgestellte Männer sich selbst an die Spitze stellen. Darum, preussische Mitbürger und Mitbürgerinnen, gebt den Beweis, daß es Euch nicht bloß um freisinnige Worte, sondern auch um gleiche Thaten zu thun ist; zeigt, daß es nicht Eure Selbstsucht ist, welche den Kredit noch tiefer sinken läßt! Aber was ihr thun wollet, das thut bald! Sasemann.

Die Tactlosigkeit.

Herr Fr. Körner hat im April: Heft des „Bürgerblatts für Halle und Umgegend“ S. 176 in den Worten:
„so wurde er doch als tactlos von Hrn. Niemer zurückgewiesen“

sich nicht allein sehr von der Wahrheit entfernt, sondern grade zu eine Unwahrheit gesagt. Hr. J. E. Niemer hat 1) zu viel Tact, um in einer öffentlichen Gesellschaft, wo jedem das Recht zusteht zu sprechen, sich als Richter über Tact oder Tactlosigkeit zu geriren, auch hat er solches in der Versammlung vom 20ten März keineswegens gethan, vielmehr 2) nur von den Sympathien gesprochen. Meine Ansicht, die ich am 20ten März aussprach, und die ich immer haben werde, daß man, wenn Noth zu lindern ist, nicht nach politischem oder religiösem Glauben fragen müsse, wurde nicht allein von einem großen Theile der Anwesenden gebilliget, sondern zeigte sich auch bald zur That geworden, indem ich wenige Tage nachher im Stande war, 200 Thaler nach Berlin für Die einzusenden, für welche ich gesprochen hatte. v. Altenstadt.

Anmerkung: Da mein Bericht über die Bürgerversammlung kein wörtlicher ist und sein soll, sondern zugleich ein kritisirender, so fällt Hrn. v. Altenstadt's Behauptung der „Unwahrheit“ in Nichts zusammen. Tactlos war es auf jeden Fall, bei einer Versammlung, die in großer Aufregung wegen des Berliner Kampfes war, eine Collecte zum Besten der Soldaten zu beantragen. Fr. Kr.

Rep. 31

Bürgerblatt.

Monatschrift

zur Förderung des Gemeindelebens, zur Belehrung
und zur Unterhaltung

für

Halle und Umgegend.

1848

mar.

